Nr. 29 — 19. Jahrg. — Donnerstag, 5. Febr. 1920

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Fernsprecher 21 368
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustr. Beilage 6.90 M, Ausgabe B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 7.35 M, Ausgabe B 6.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 90 ₰, im Reklameteil 2.50 M. Familien-Anzeigen 80 ₰. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

„sans phrase"

Während des Parteitages der Zentrumspartei fand eine geheime Sitzung statt. Ihre Abhaltung entsprach nicht meinem Geschmack und sie war, wie ihr Verlauf bewies, tatsächlich überflüssig, denn was dort gesagt wurde, hätte das Licht der Oeffentlichkeit nicht scheuen brauchen. Es lag aber ein Antrag weitblickender Bevollmächtigter auf Abhaltung einer solchen Sitzung vor und der Parteitag hat ihm zugestimmt. Es ging jedoch auch bei dieser geschlossenen Sitzung, wie es eben bei geschlossenen Sitzungen zu gehen pflegt. Trotz scharfer Kontrolle schlichen sich Unbefugte ein und prompt ist das dann auch aus der gegnerischen Presse ersichtlich. So wurde von irgend einer solchen Seite, deren schmutzige Handlungsweise ja einer näheren Charakteristik nicht bedarf, denn tatsächlich die „Deutsche Tageszeitung" in die ihr natürlich außerordentlich angenehm erscheinende Lage versetzt, in Nr. 21 folgende Anfrage zu stellen:

„Ist es richtig, daß von einer dem Herrn Erzberger befreundeten Seite in der Geheimsitzung (des Reichsparteitages der Zentrumspartei) der Antrag gestellt war, dem verdienten Mann das Vertrauen „sans phrase" auszusprechen, daß aber dieser Antrag unter dem Drucke der gegen Herrn Erzberger herrschenden Stimmung zurückgezogen werden mußte und an seine Stelle dann jene verteufelt negativ formulierte Entschließung trat, die im Grunde alles von dem Ausgange des Helfferich-Prozesses abhängig macht?"

Daraufhin antwortet nun der Antragsteller, Herr Parteisekretär Zinnecke in Bielefeld, wie folgt:

„1. Es ist richtig, daß in der Geheimsitzung der Antrag gestellt wurde, und zwar von dem Unterzeichneten, dem Reichsfinanzminister ein Vertrauensvotum „sans phrase" auszustellen.

2. Es ist richtig, daß dieser Antrag von „dem Minister befreundeter Seite" gestellt wurde, sofern dieser Ausdruck besagen soll, daß der Antragsteller sich zu den wärmsten Anhängern und Verteidigern der Politik des Reichsfinanzministers rechnet, nicht aber, wenn er besagen soll (und das scheint er in der „Deutschen Tageszeitung" besagen zu wollen), als ob Exzellenz Erzberger auf Einbringung dieses Antrages Einfluß geübt, ja nur davon vorher gewußt habe.

3. Es ist nicht richtig, daß dieser Antrag „unter dem Drucke der gegen Herrn Erzberger herrschenden Stimmung" zurückgezogen werden mußte — der Reichsparteitag hätte sich zweifelsohne mit Vierfünftelmehrheit für dessen Annahme erklärt — er wurde vielmehr zurückgezogen auf den Hinweis angesehener Parteifreunde hin, daß es den parlamentarischen Gepflogenheiten nicht entspreche, eine Aktion zu unternehmen, die so gedeutet werden könnte, als ob man zu Dingen Stellung nehmen wollte, die Gegenstand eines schwebenden Prozesses sind."

Wir haben der Erklärung an sich recht wenig hinzuzufügen, da sie sich ja deutlich genug ausdrückt. Aber der Vorgang ist doch sehr geeignet, bezeichnende Schlaglichter auf das Gebaren der Gegner zu werfen. Wir können es ihnen eben niemals recht machen. Hätte der Parteitag auf das schwebende Gerichtsverfahren keine Rücksicht in seiner Entschließung genommen, so hätten unsere verehrlichen Gegner natürlich da — und hier auch mit einem gewissen Rechte — eingehakt. Jetzt hat der Parteitag ganz korrekt das berücksichtigt, nun ist das natürlich auch wieder nicht recht. Und da der Parteitag einstimmig — man wolle das bitte nicht vergessen — die Politik Erzbergers gebilligt hat, glauben die Deutschnationalen wenigstens aus Mitteilungen irgend eines Eindringlings in die geschlossene Sitzung Kapital schlagen zu können. Jedoch auch das ist daneben geglückt.

Wir unsererseits aber wollen die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um der Deutschen Volkspartei, also den Nationalliberalen, in Sachsen unser Mißtrauen „sans phrase", also uneingeschränkt, zum Ausdruck zu bringen. Sie, die doch wenigstens in manchen Punkten sich bis jetzt etwas zurückhaltender als die Deutschnationalen benommen hat, schickt nun ihren Berliner Generalsekretär Dr. Frenzel im Wahlkreise Ostsachsen von Ort zu Ort um über „Minister Erzberger und die Verantwortung der Regierungen seit der Revolution" zu sprechen. Nach dem Berichte der „Zittauer Morgenzeitung" (Nr. 18) feierte der Herr wahre Orgien des Hasses. Er bezeichnete Erzberger als einen „Verbrecher", er erklärte Erzbergers Leben für „einen Hintertreppenroman" und was dergleichen Liebenswürdigkeiten mehr sind. Einen Beweis für seine Behauptungen erbrachte der edle Ritter natürlich nicht. Charakteristisch ist zum Beispiel folgendes: Frenzel behauptete, noch 1903 sei Erzberger ein mittelloser Volksschullehrer gewesen, jetzt schätze man sein Vermögen auf 12 bis 15 Millionen Mark. Wer schätzt? „Man." Dieses „man" wird durch den Herrn Dr. Frenzel verkörpert. Und so etwas nennt sich und darf sich Generalsekretär der Deutschen Volkspartei nennen! Inzwischen hat aber Erzberger unter seinem Eide ausgesagt, daß er bei seiner Uebersiedelung nach Berlin nicht mittellos gewesen sei, sondern daß seine Frau Vermögen mit in die Ehe gebracht habe. Herr Frenzel scheint anzunehmen, daß es nur ein Recht der Nationalliberalen sei, eine vermögende Frau zu heiraten. Im Ernste gesprochen ist es aber geradezu ekelhaft, daß solche Dinge in öffentlichen Versammlungen zum Angriff auf andere Parteien benutzt werden. Die Deutsche Volkspartei kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, dadurch zum gut Teil zur Verwilderung der politischen Sitten beigetragen zu haben und noch beizutragen. Nun ist es ja Herrn Dr. Frenzel in Zittau zum Beispiel nicht sonderlich gut gegangen, ja es dürfte ihm wohl die Lust vergangen sein, diese Stadt nochmals für seine Schmutzablagerung zu benutzen. Der freundliche Zeitgenosse hatte die Frechheit, in dieser öffentlichen Versammlung nicht weniger wie 2½ Stunden zu sprechen. Trotzdem sehr viele Gegner der Deutschen Volkspartei anwesend waren, konnte er den Blättermeldungen zufolge eine jede Störung sprechen. Als aber dann den Diskussionsrednern nur wenig Zeit mehr für ihre Darlegungen von der Versammlungsleitung gelassen wurde, riß den Teilnehmern die Geduld und sie verzichteten auf das Schlußwort des Herrn Frenzel. Mit Recht hat der Abgeordnete Steinsdorff in diesem Falle von einer Sabotage der Aussprache gesprochen. Wir brauchen heute nicht zu betonen, was uns von den Demokraten und somit auch von dem Abgeordneten Steinsdorff trennt. Aber Herr Steinsdorff hat gegenüber den Angriffen des Dr. Frenzel auf Erzberger die Situation völlig treffend gekennzeichnet, wenn er sagte, daß Frenzel überhaupt in dieser Form zum Volke sprechen dürfe, verdanke er es eben der jetzigen Freiheit, die von den Regierungsparteien geschaffen worden sei.

Will noch jemand im Ernste bezweifeln, daß die Redner vom Schlage des Herrn Frenzel geradezu als Wegbereiter für den Attentäter von Hirschfelde bezeichnet werden müssen? Und was soll man dazu sagen, daß die Eltern dem Jüngling ohne weiteres den gesuchten Revolver gegeben und nun erklärt haben, daß ihr Sohn durch das Attentat in ihren Augen gestiegen sei. Haben wir nicht recht gehabt, wenn wir schon im Oktober vorigen Jahres angesichts gewisser Vorgänge von Bolschewisten im Frack sprachen?

Es ist ein trauriges Bild, das die Rechtsparteien heute bieten. Gewiß sollen sie nicht in Bausch und Bogen für das Attentat etwa verantwortlich gemacht werden. Aber ihre Organe und ein großer Teil ihrer Agitatoren können die Verantwortung für die unverantwortliche Hetze nicht von sich abwälzen. Manche Leute sind ja sehr vergeßlich. Wir sind es jedoch nicht. Und so denken wir noch an den 26. November 1919, wo Herr Wulle, der Chefredakteur und Direktor der „Deutschen Zeitung", in der Deutschnationalen Volkspartei in Dresden sprach. Unsere Leser werden sich noch erinnern, daß man damals in dieser Versammlung außerordentlich viel Gestalten mit Schulkranzen, „deutschvölkische" Jugend, im Saale sah, der Herr Wulle rief: „Hinaus auf die Straße!" Aber wir haben weiter nicht vergessen, daß Herr Sanitätsrat Dr. O. Kreichmar, der Vorsitzende der Deutschnationalen in Dresden, am 10. November dem Herrn Hugenberg für seine Bemühungen gegen Erzberger in der Nationalversammlung ein Huldigungstelegramm gesandt hat, von dem selbst ein nationalliberal schillernd Blatt schrieb, daß es „dem sachlichen Zwecke nicht recht dienlich" sei.

Wir könnten diese Blütenlese natürlich beliebig erweitern. Aber wir wollen es damit für heute genug sein lassen. Jedenfalls ist Grund genug vorhanden, der Agitation der Rechten Mißtrauen „sans phrase" entgegenzubringen. Unseren Freunden aus allen Orten erwächst aber die Pflicht, nach dem glänzenden Verlaufe des Parteitages nun unverzüglich einen Aufklärungsfeldzug nach allen Seiten zu beginnen und nicht zu vergessen, daß die Wahlen in Sicht sind. tzsch.

Vor der schwersten Entscheidung

Von den Stunden, während deren am 4. Februar 1920 die Ententenote mit der Auslieferungsliste in Berlin eintraf, übermittelt uns ein parlamentarischer Mitarbeiter folgendes Stimmungsbild:

Auf das Schwerste waren wir gefaßt, und dennoch die fatalistischen Befürchtungen wurden übertroffen und das seit langem Erwartete warf uns schließlich doch zu Boden.

Nach der politischen und wirtschaftlichen Belastungsprobe kommt für das neue Deutschland nun die rechtliche! Wir mußten auf diese Stunde gefaßt sein und wir hatten ihr in seelenzermürbender Sorge entgegen. Nun ist diese Stunde, die schwerste Stunde, diejenige Stunde, die in der Tat das Schicksal des ganzen Deutschen Reiches zu entscheiden berufen ist, nun ist diese weltgeschichtliche Stunde da.

In den ersten Vormittagsstunden des 4. Februar 1920 war es. In den Aemtern der Reichsregierung ein emsiges Schaffen. Arbeiten und Mühen, wie Tag für Tag. Auf die alten Sorgen neue gehäuft, auf die alte Last neue gestürmt. Die Telegraphenapparate arbeiten wie immer. Plötzlich melden sich die Pariser Leitungen. Die Ententenote wird angekündigt. Jag um Jag trifft sie auf unscheinbaren Telegraphenstreifen ein. Die Worte und Sätze von inhaltsschwerer Bedeutung folgen nur langsamweise und schwer entzifferbar aufeinander. Und dann kamen 800 Namen! 800 unserer Volksgenossen, die Rachsucht und Triumphgelüste vom deutschen Volk erheischt, um Siegesjustiz an ihnen zu üben. Noch nie schlug für ein Volk, auch noch nie in der Weltgeschichte für ein besiegtes, eine solch herbe, bittere Stunde. Jetzt handelt es sich nicht mehr um mehr oder minder „reale" Probleme, um Fragen der Politik und der Wirtschaft, um Austausch von Objekten oder Verständigung über solche, jetzt handelt es sich um unabwägbare Werte der Ehre und Würde einer großen Nation! Man muß mitten in diesem Getriebe des 4. Februar 1920 unmittelbar dem Herzen der deutschen Politik nahgestanden haben, um des Ernstes und der Schwere dieser Schicksalsstunde bewußt zu werden. Nach der ersten Entrüstung bildete die Auslieferungsliste sofort die Grundlage für vorbereitende Besprechungen mit den zuständigen Referenten der Reichsämter, mit Publizisten und Pressevertretern, mit Politikern und Parlamentariern. Je mehr von dieser Liste bekannt wurde, um so furchtbarer ward uns zu Gemüte geführt, wie unsäglich wir durch die Niederlage im Kriege im Marke unserer Nation getroffen sind. In den Nachmittagsstunden war die Liste dann soweit fertiggestellt, daß sie die Basis für die Beratungen im Reichskabinett bilden konnte. Die Reichsregierung trat um 6 Uhr abends vollständig zu der seit Bestand dieser Regierung wohl schwersten Beratung zusammen, um vorerst wenigstens über die Grundlinie ihrer Stellungnahme Klarheit zu schaffen. In fieberischer Spannung harrten die politischen und publizistischen Kreise Berlins auf die Entscheidung. Lange, unendlich lange ließ sie auf sich warten.

Was soll nun werden? Kann man erhoffen, daß unsere unerbittlichen Gegner Einsehen und Erwägungen der Vernunft und ruhiger Ueberlegung zugänglich zeigen werden? Kann man dies noch erhoffen, nachdem die deutsche Regierung schon seit langem Verhandlungen über diese wichtigste Frage unserer inneren Politik gepflogen und in einer eingehenden Note noch am 25. Januar bis ins einzelne präzisierte Vorschläge hinsichtlich der Aburteilung von Kriegsverbrechen und Kriegsverbrechen gemacht hat, und spricht nicht die Mitteilung der deutschen Regierung an die Entente über die Folgen des Beharrens auf dem Standpunkt der Auslieferungsforderung für den ganzen furchtbaren Ernst der gegenwärtigen Situation?

Schicksalsfragen sind es, die jetzt der Entscheidung entgegenreifen. Niemand kann in diesem Augenblick sagen, was wird. Alles ist erfüllt von dem ungeheuren Ernst, der diesen Dingen innewohnt. Nichts Geringeres als die gesamte nationale und politische Existenz steht jetzt auf dem Spiel. Was soll werden, wenn die Entente auf ihrer Forderung beharrt? Wird die jetzige Regierung stark genug sein können, um den mit Sicherheit vorauszusehenden Folgen einer Auslieferung im eigenen Lande zu begegnen? Wie werden unsere Reichswehrtruppen sich verhalten, wenn sie die Aufgabe bekommen sollten, die angeforderten Personen, darunter zum Teil ihre eigenen Heerführer, den Schächern auszuliefern? Und wie wird das Parlament sich stellen? Wird es überhaupt noch eine Möglichkeit geben, daß diese Regierung sich zu halten vermag? Was aber soll dann werden, wenn die jetzige Regierung und mit ihr die jetzige parlamentarische Konstellation zusammenbrechen?

Um alle diese Dinge handelt es sich. Geben wir dem Auslieferungsbegehren statt, dann wird Deutschland in aller Kürze inneren Erschütterungen entgegengehen, die unweigerlich blutigsten Bürgerkrieg im Gefolge haben müßten. Ob eine Regierung sich finden würde, die, gestützt auf eine ausreichende parlamentarische Basis, sich neu zu etablieren vermöchte, weh, in diesem Augenblick völlig in Zweifel. Eine Regierung, gebildet von den Rechtsparteien, würde eine parlamentarische Mehrheit nicht hinter sich haben und sie würde, selbst wenn die Mittelparteien sie zu unterstützen sich bereit fänden, dem Auslieferungsbegehren die ultima nunquam entgegenbringen. Dann aber stehen wir unmittelbar vor der Gefahr, daß die Gegner zu Gewaltmaßregeln und daß sie kurzer Hand zur Besetzung weiter deutscher Landstriche übergehen. Und der andere Fall: eine von links gebildete Regierung könnte sich in der Hauptsache nur auf die Radikalen stützen. Diese freilich sind ohne weiteres zur Erfüllung der Auslieferungsforderung der Alliierten bereit. Aber nur mit Diktatur und nach Lage der Dinge mit bolschewistischer Diktatur könnte sich eine derartige Regierung halten.

So stehen die Dinge! Bedenkt man nun, daß die Auslieferungsfrage den Kern und Angelpunkt unseres ganzen politischen Seins und die Schicksalswende für das deutsche Volk und Reich bedeutet, Schweres, furchtbar schweres Tagen gehen wir entgegen. . .

Unsere heutige Diplomatie

Man erinnert sich noch der Vorwürfe, die insbesondere nach dem Zusammenbruche des alten Systems recht scharf und eindringlich erhoben wurden und die unser früheres diplomatisches Dienst trafen. Man hatte Stunde auf Stunde, mit [illegible] und Geduld eine alte Rechtsschlage nach der anderen zu Lasten zu können. Es dürfte nun nicht uninteressant sein, die heutige Diplomatie einer Betrachtung zu unterziehen, die doch jetzt nach unserer „Demokratisierung" erfolgen. Es kommen dabei weniger die Personen, die das Deutsche Reich an Ort und Stelle vertreten sollen, in Frage, als die diplomatische Zentralstelle in Berlin und ihre jetzige Arbeitsweise.

Dieser Tage hat das deutsche Volk [illegible] im Auslande erfahren. Es ist [illegible] unserer Presse die Regierung zur Rechenschaft [illegible] hat. Das war ein Fehler, noch mehr jetzt, [illegible] Regierung [illegible] Drängen folgte. Diese ganze Angelegenheit ist keine Personenfrage, sondern es spielen doch auch ernste Einwirkungen politischer Natur mit.

Wir haben nun eine merkwürdige Erscheinung zu [illegible] gleich für das Deutsche Reich [illegible] deutschen Regierung [illegible] den betreffenden auswärtigen Regierungen als nicht genehm bezeichnet worden. Der frühere deutsche Gesandte [illegible] sollte in Madrid, nur Herr von Lucius wolle bei der jetzigen Regierung die Interessen Deutschlands vertreten. Tatsache muß man sich doch wundern, daß in der Beziehung mit den betreffenden Staaten vor der Neuordnung der staatlichen Verhältnisse eine Zustimmungsnahme nicht erfolgt ist. [illegible] die neue deutsche Regierung mußte nach allem, was [illegible] darauf gefaßt sein, daß alle ihre Maßnahmen von vornherein einem [illegible] Mißtrauen im Auslande begegnen würden. Auch für die nun zu ernennenden Nachfolger bedeutet es einen nicht gerade angenehmen Trend, wenn dem neuen Deutschland in so deutlicher Form vor aller Welt das Mißtrauen ausgedrückt worden ist. Gar bei den früheren Zeiten in dieser Beziehung allzu große Vorsicht obgewalten, so sollte man heute in das andere Extrem zu verfallen. Gerade bei der Diplomatie ist aber Öffentlichkeit durchaus nicht immer angebracht. Viele Dinge, welche die Beziehungen der Staaten untereinander betreffen, vertragen nicht das grelle Licht der Oeffentlichkeit zu ertragen. Um ein ersprießliches Arbeiten zu ermöglichen, müssen unter allen Umständen [illegible] der betreffenden Regierung und den bei ihr beglaubigten [illegible] Vertretern ein besonderes Vertrauensverhältnis [illegible]. Das Zustandekommen eines solchen Vertrauensverhältnisses wird aber durch die öffentliche Behandlung derartiger Dinge sehr erschwert. Die Regierung muß unter allen Umständen Mittel und Wege finden, um derartige Vorkommnisse, die äußerst schädigend für das Ansehen des Reiches im Auslande sind, künftig zu vermeiden.